

Österreichische Integrationspolitik im Zeichen der Wertevermittlung -
„Integration ist wertvoll“

- 1) Integrationspolitik in einem liberalen Staat kann Integration weder leisten noch erzwingen, aber sie hat sie zu strukturieren und damit zu ermöglichen. Gemäß dem polemologischen Ansatz ist auch im Bereich der Integrationspolitik ein dreifacher Zugang zu wählen, soll denn Integration gelingen können: es muss auf der (1) ökonomischen Ebene dafür gesorgt werden, dass Arbeitsplatz, Wohnraum und soziale Absicherung möglich ist - ansonsten kann Integration in eine hochdifferenzierte Bildungs- und Leistungsgesellschaft nicht gelingen. In diesem Bereich sind massive Ausbildungsanstrengungen zu unternehmen (von beiden Seiten), um fit zu werden für Österreich. Es muss (2) auch auf die Möglichkeit der politischen Teilhabe, der Mitgestaltungs- aber auch der Mitverantwortungsmöglichkeiten geachtet werden, ansonsten kann die Integration in einen liberalen Rechtsstaat demokratischer Prägung nicht gelingen. Um hier die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, ist mehr Bildung denn Ausbildung vonnöten. Zu guter Letzt ist aber auch (3) auf die Ebene von Religion, Werten, Weltanschauungen und Bildung ein zentrale Herausforderung für gelingende Integrationspolitik in eine weltoffene, pluralistisch-humanistisch geprägte Gesellschaft mit christlichen Wurzeln. Diese dritte Ebene ist mit Schwergewicht eine Bildungsherausforderung.
- 2) Im Rahmen der aktiven Integrationspolitik des „Forderns und Förderns“ wurde aufgrund des NAP Integration sowie darauf aufbauend in intensiven Beratungen des Expertenrates für Integration das Konzept der „Werte- und Orientierungskurse“ entwickelt. Diese sollen in einer sehr konzentrierten Weise nicht nur praktische Orientierung in System und Lebenswelt Österreichs ermöglichen, sondern dieses Österreich auch als auf klaren Werten und Prinzipien beruhend erklären, um solcherart einen Verstehensprozess einzuleiten, der letztlich zum Heimischwerden führen soll (vgl. Karl Jaspers: Heimat ist dort, wo ich verstehe und verstanden werde), zum anderen werden damit notwendige Grundlagen vermittelt, die die ZuwandererInnen aus EU-Drittstaaten in die Lage versetzen, in emanzipatorischer Weise sich selbst zu integrieren in ihre neue Heimat im Herzen Europas.
- 3) Im Bereich der Religion, Weltanschauung und Werte kann der Weg nur über Bildung führen, da es nicht darum gehen kann, bloß zu überreden, sondern tiefgreifend zu überzeugen. Dies geschieht durch zum einen bereits durch ein intensives Kursangebot des ÖIF (Österreichischer Integrationsfonds), sollte aber darüber hinaus in Form einer neuen „Politischen Bildung“ auch an den Schulen gleichsam flächendeckend angeboten werden. Politische Bildung sollte dabei nicht nur Sachinformation über die Institutionen und Strukturen des österreichischen Staates bzw. seiner Bundesländer und Gemeinden umfassen, sondern darüber hinaus auch den „Geist der Gesetze“ (Montesquieu) in den Blick nehmen und solcherart interdisziplinär jene Grundhaltungen und -werte thematisieren, die unser Gemeinwesen wesentlich prägen: das liberale Prinzip - das rechtsstaatliche Prinzip - das demokratische Prinzip - das republikanische Prinzip - das bundesstaatliche Prinzip - das gewaltentrennende Prinzip. Diese Prinzipien der österreichischen Verfassungsordnung sind mit einem maximalen Bestandsschutz ausgestattet (Art 44 (3) B-VG), d.h. ihre bloße Veränderung bedarf bereits zwingend einer Volksabstimmung. Letztlich sollte durch solch ein Konzept der diskursiven „Politischen Bildung“ nicht nur den Zuwanderern die österreichischen Staatsgrundwerte bekannt gemacht, sondern der österreichischen Jugend diese allererst wieder mehr bewußt gemacht werden. Letztlich kann nur überzeugen, wer selbst überzeugt ist - somit stellt Integration auch auf der Ebene der Werte und Weltanschauungen nicht nur hohe Anforderungen an die Zuwanderer, sondern auch an die österreichische Stammbevölkerung.